

Datum: 05.05.17
Telefon: 0 233-30785
Telefax: 0 233-989 30785

Personal- und
Organisationsreferat
Organisation
POR-P 3.23

Stellungnahme zur Beschlussvorlage „Bedarfsgerechte sexualpädagogische Zielgruppenarbeit in der STI-Beratung - Personalmehrung“
(Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 08439)

Gesundheitsausschuss am 22.06.2017
Vollversammlung am 26.07.2017

An das Referat für Gesundheit und Umwelt

Die im Betreff genannte Beschlussvorlage wurde dem Personal- und Organisationsreferat mit E-Mail vom 25.04.2017 zur Stellungnahme bis 08.05.2017 zugeleitet.

Es handelt sich um einen Empfehlungsbeschluss ohne Ausführungen zur Unabweisbarkeit der Stellenbedarfe.

1. Aufgabe

Sexualpädagogische Aufklärung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, jungen erwachsenen Flüchtlingen und benachteiligten Jugendlichen in München, in Form von sozialpädagogischen Aufklärungsveranstaltungen und Beratungen.

2. Geltend gemachte Kapazitätsmehrbedarfe

Stellenschaffungen

In der Vorlage werden vom Referat für Gesundheit und Umwelt 3 (VZÄ) Stellen für Sozialpädagogen/Innen der Fachrichtung Sozialdienst (3. QE) geltend gemacht.

3. Beurteilung der geltend gemachten Stellenbedarfe

Zu den in der Beschlussvorlage dargestellten Kapazitätsmehrbedarfen wird wie folgt Stellung genommen:

Das Personal- und Organisationsreferat stimmt **vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung** der künftig geltend gemachten Stellenkapazitäten dem Grunde nach der Beschlussvorlage zu.

Das Personal- und Organisationsreferat empfiehlt den Beschluss einer Beschlussvollzugskontrolle zu unterziehen, um darzustellen, ob durch die Beratungen die gewünschten Erfolge eingetreten sind und wie sich die Anzahl der Veranstaltungen entwickelt hat.

Begründung

Im Beschluss werden 3,0 VZÄ für sozialpädagogisches Personal gefordert, die Stellen sollen unbefristet eingerichtet werden. Durch die Stellenzuschaltungen soll die Zahl der Veranstaltungen zur sexualpädagogischen Aufklärung erhöht werden, um den aus Sicht des RGU gegebene Beratungstau in der Aufklärung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen abzubauen.

sowie Beratungsangebote für junge erwachsene Flüchtlinge und Münchner benachteiligte Jugendliche schaffen zu können.

Dass sich durch die Ausweitung des Beratungsangebotes ein Mehrbedarf ergibt, wird in der Beschlussvorlage nachvollziehbar dargestellt, auch werden die pro Jahr durchzuführenden Aufklärungsveranstaltungen aufgeführt und mit Zeiten hinterlegt.

Bei den zugrunde liegenden Daten handelt es sich um Schätzungen bzw. Annahmen. Für die aus Sicht des Referat für Gesundheit und Umwelt erforderliche Anzahl an durchzuführenden Veranstaltungen wird z. B. ein bestimmter Prozentsatz an Asylbewerberinnen und -bewerbern angenommen, für den entsprechende Veranstaltungen angeboten werden müssen. Die pro Veranstaltung anzusetzenden Zeiten beruhen auf Erfahrungswerten.

Wir bitten die Stellungnahme der Beschlussvorlage beizufügen.

Die Stadtkämmerei und das Direktorium erhalten einen Abdruck der Stellungnahme.